

UBP steht im Fokus der Kritik

RZ, 08.12.11

Integrationsrat verabschiedet Resolution gegen Naziterror, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

RECKLINGHAUSEN. (hb) Einstimmig hat der Integrationsrat der Stadt in seiner letzten Sitzung des Jahres eine Resolution gegen „Naziterror und Rechtsextremismus“ auf den Weg gebracht.

Das Papier orientiert sich am Entwurf einer Resolution, die von den großen Parteien auch in den Kreistag eingebracht wurde und dort am 12. Dezember verabschiedet werden soll.

Der Rat der Stadt will in seiner Sitzung am 19. Dezember über die Resolution beraten. „Vermutlich werden wir dann wieder eine kleine interfraktionelle Kommission bilden, die über den genauen Wortlaut berät“, erklärte Bürgermeister Wolfgang Pantförder

in der Sitzung des Integrationsrates. Diese Vorgehensweise habe sich bewährt.

Mit der Resolution bringt der Integrationsrat seine Trauer um die Opfer der von Neonazis verübten Mordserie zum Ausdruck, die seit Wochen die Republik in Atem hält. Extremismus müsse entschieden entgegengetreten werden. „Mit dumpfen Vorurteilen spielenden Vorfeldorganisationen des rechten Terrors, wie NPD, Pro NRW und Co darf ebenfalls keinen Raum gegeben werden“, heißt es in dem Entwurf.

An dieser Stelle hätte die Linke gerne gesehen, dass explizit auch die Unabhängige Bürgerpartei (UBP) namentlich genannt wird. Das stieß

jedoch im Integrationsrat auf Skepsis. Schnell waren sich die Mitglieder des Gremiums aber einig, dass zwischen Rechtsterrorismus und Rechtspopulismus ein deutlicher Unterschied bestehe.

„Jeder weiß, wer gemeint ist“

Als Kompromisslinie, die von Rolf Nowak (Bündnis 90/Die Grünen) und Pantförder ins Spiel gebracht wurde, einigte sich das Gremium schließlich darauf, sich mit der Resolution gegen jegliche Art von Rechtspopulismus und rechtspopulistische Aktionen zu richten.

„Damit weiß auch jeder,

wer gemeint ist. Mir kommt es darauf an, Ross und Reiter zu nennen. Da dürfen Gruppen nicht fehlen, die für den Humus sorgen, der bestimmte Dinge erst möglich macht. Bei der UBP handelt es sich um Rechtspopulisten, die anscheinend auch Kontakt zu Rechtsextremisten hatten oder haben, wie durch Pressefotos belegt ist. Vor den Kommunalwahlen hat es offenbar auch Absprachen mit ‚Pro NRW‘ gegeben“, konnte schließlich auch Linke-Ratsherr Erich Burmeis-



ter (Foto I.) mit der Kompromiss-Variante leben.

Pantförder hielt in der Diskussion mit seiner Meinung nicht hinter den Berg. „Dass die UBP für rechtspopulistische Aktionen Verantwortung trägt, ist nicht von der Hand zu weisen. Ich erinnere nur an die Plakate im



Kommunalwahlkampf“, sagte der Verwaltungschef. Unter anderem hatte die UBP plakatiert: „Einschulung nur mit Deutschkenntnissen!“ Sicher könne man diese Aktivitäten nicht mit rechtem Terror auf

eine Stufe stellen. „Sie sind aber unterschwellig auch gefährlich“, erklärte Recklinghausens Bürgermeister.

Und auch Ensar Kurt (Foto r.), Vorsitzender des Integrationsrates, sparte nicht mit Kritik an UBParteichef Tobias Köller, der Fraktionschefin Claudia Ludwig & Co.. „Dass die UBP rechtspopulistisch ist, ist klar. Das haben auch viele muslimische Verbände in der Stadt in den vergangenen Jahren erfahren müssen“, sagte Ensar Kurt. Die Resolution sei von großer Wichtigkeit. „Auch in Recklinghausen erleben wir nämlich jeden Tag Fremdenfeindlichkeit, das fängt auf dem Schulhof an und gilt keineswegs nur für die türkische Community.“